

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 1
Der Zeitungsabnehmer und in allen St.

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Verlagspreis monatlich bei Haus 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.) durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-N. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18690. Dresdener Verlagsgesellschaft: Geschäftsleitung: Dresden-N. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Schreibstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gefaltete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile einschließlich an den dreifachigen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-N., Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Montag den 27. Februar 1928

Nummer 49

Werkzeugmacher-Streik in Berlin

Kampfbereitschaft der Metallarbeiter

Berlin, 27. Febr. (Eig. Drahtbericht.)

Heute beginnt in Berlin der Streik der Werkzeugmacher. Die Auslösung des Streikes, die durch den einseitigen Kampfwagen der Werkzeugmacher trotz offensichtlicher Verschleppungsmanöver der DAW-Bureaucraten erzwungen wurde, hat unter der gesamten Berliner Metallarbeiterchaft eine große Kampfbereitschaft ausgelöst, und es ist eine Ausdehnung des Kampfes auf die gesamte Berliner Metallindustrie in Kürze zu erwarten.

Die Berliner Metallarbeiterchaft ist sich völlig bewußt, daß bei dieser Auseinandersetzung mit dem Verein Berliner Metallindustrieller es nicht nur um das Interesse der Werkzeugmacher geht, sondern daß dieser Kampf zu einem solchen der gesamten Berliner Metallarbeiter gemacht werden muß.

Deshalb nahm gestern sofort eine andere Branche der Metallindustrie, die Berliner Eisendreher, zu dem Kampf der Werkzeugmacher Stellung. Es wurde eine Resolution gegen eine Stimme als Willensausdruck der Berliner Eisendreher angenommen, die den Kampf der Werkzeugmacher begrüßt, geschlossen die Führung des DAW in allen Berliner Betrieben verlangt, sich die Forderungen der Werkzeugmacher von 1,50 M. Stundenlohn in der Spitze zu eigen macht und sofort die Einleitung von entsprechenden Kampfmaßnahmen durch den DAW fordert. Die Resolution lautet:

„Gegenüber der jetzt schon von den Unternehmern angebrochenen Ausperrung zur Niederdrückung des Werkzeugmacherkampfes erklärt die Branchenversammlung, daß die Berliner Dreher und mit ihnen die gesamte Berliner Metallarbeiterchaft entschlossen sind, unter keinen Umständen zurückzugeben, sondern den Kampf auf der ganzen Linie und mit aller Schärfe zu führen. Sie rufen die Kollegen in allen Betrieben auf, die Vorstände der Unternehmer mit einem wuchtigen Gegenanschlag sofort zu beantworten. Alle Organisierten werden aufgefordert, sich unverzüglich dem Deutschen Metallarbeiterverband anzuschließen. Von der Verbandseitung fordert die Branchenversammlung die Durchführung des Kampfes trotz und gegen alle Ausperrungsmaßnahmen und gegen jeden verbindlich erklärten Schiedsspruch, der nicht den Forderungen der Metallarbeiter entspricht. Der jetzt begonnene Kampf muß unter

Einigkeit aller gewerkschaftlichen Machtmittel gegen den Schlichtungsapparat, gegen die Bürgerblock- und Kapitaldiktatur durchgeführt werden.“

Heute Regierungserklärung

Angestrebte Annahme des Regierungsprogramms — oder Artikel 48

Berlin, 27. Febr. (Eig. Drahtbericht.)

Heute wird im Reichstag der Bürgerblockminister Dregt eine Regierungserklärung abgeben, die vom Reichstag die Zustimmung zur Durchsicht des Hindenburgprogramms verlangt. Der heutige deutschnationaler Montag betont nochmals ausdrücklich, daß durch Dregt im Auftrag der Bürgerblockparteien die Annahme des Hindenburgprogramms als „ein unteilbares Ganzes“ durch den Reichstag verlangt wird.

Dieser „Stimmweis“ bezieht vor allen Dingen, die Sozialdemokraten unter Traud zu sehen, die der Verabschiedung des Hindenburgprogramms in dieser Form noch einigen Widerstand entgegenzusetzen, da sie entgegen der Ansicht der Bürgerblockparteien, die das Hindenburgprogramm als einheitliches Gesetz zu verabschieden den Wunsch haben, die Gesetze des Hindenburgprogramms einzeln zur Abstimmung kommen lassen wollen, um durch Scheinopposition bei einzelnen Gesetzen der Arbeiterchaft ihre „Gegensatzkraft“ gegen das Hindenburgprogramm zu demonstrieren.

Der „Montag“ weist gegenüber diesem evtl. Widerspruch der Sozialdemokraten darauf hin, daß, wenn das Hindenburgprogramm nicht reibungslos durch den Reichstag verabschiedet würde, Hindenburg erneut in entscheidende Differenzen eingreifen muß, d. h. daß Hindenburg im gegebenen Fall mit Hilfe des § 48 regierung wird.

Börgiebel schützt den Stahlhelm

Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Faschisten.

Berlin, 27. Febr. (Eig. Drahtmeldung)

Gestern kam es in Berlin-Köpenick bei einer Demonstration des Stahlhelms zu Zusammenstößen. Trotz der öffentlichen Warnung der wertvollen Bevölkerung in Berlin gegen den Stahlhelm veranlaßte dieser in Köpenick ansehlich an eine Fahnenweihe eines Aufmarsch, bei dem die Stahlhelmer die auf der Straße befindlichen Arbeiter in gemeinsamer Weise provozierten. Die Arbeiter blieben die Antwort nicht schuldig, worauf die Polizei Börgiebel, die den Stahlhelmaufmarsch schützte, mit Gummiknüppeln gegen die Arbeiter vorging. Es wurden 20 Verhaftungen vorgenommen.

Koalition um jeden Preis!

Hamburger SPD verläßt das Vertrauen der Arbeiterwähler — Verhandlungen mit Volkspartei und Demokraten

Das Berliner Tageblatt meldet aus Hamburg:

Die sozialdemokratische Fraktion der Hamburger Arbeiterpartei hat die Vertrauensleute der bisherigen Hamburger Koalitionsparteien, alle der Demokraten und der Deutschen Volkspartei, zu Verhandlungen über die Senatsbildung eingeladen, die am 28. Februar beginnen werden. Die Verhandlungen sollen wieder dort angeschlossen werden, wo sie durch die Auflösung der „Oktoberbürgerchaft“ unterbrochen worden waren. Im Mittelpunkt dieser Verhandlungen steht neben der Frage einer Herabsetzung der Anzahl der Hamburger Senatsmitglieder die Bürgermeisterei. Die Sozialdemokratie will, Mitglieder der Bürgermeisterei. Die Sozialdemokratie will, wie der Hamburger Parteivorstand anlässlich der gestern neu veranstalteten Generalversammlung des sozialdemokratischen Senats für das Hamburger Staatsgebiet erklärte, auf ihrer bisherigen Forderung, daß sich die Majorität der sozialdemokratischen Fraktion bei der Senatsbildung auswirken müsse, bestehen. Gegenüber stehen hi-her die beiden anderen Koalitionsparteien auf dem Standpunkt, daß eine absolute Mehrheit eines „reifeinflusses innerhalb des Senats nicht geschaffen werden dürfe, um ein möglichst reibungsloses Zusammenarbeiten zu gewährleisten.“

Was wir voraussetzten, ist also bereits eingetreten. Wiederum beträgt die sozialdemokratische Partei die Hamburger Arbeiter um die Früchte des Wahlerfolges gegenüber den bürgerlichen Parteien. Wenige Tage nach der Wahl ergreift die SPD sich aus die Initiative, um abermals den Einfluß, den die Hamburger Arbeiterpartei für die kommunistisch-sozialdemokratische Mehrheit errungen hat, zu verfallischen und hat ferner die Koalitionspolitik, die die Kommunisten fordern und die auch dem Willen der sozialdemokratischen Arbeiterwähler entsprechen würde, skrupellos Koalitionspolitik mit dem Klassenfeind zu betreiben.

Diese verräterische Politik der Hamburger SPD-Führer findet den vollständigen Beifall und die absolute Billigung des Parteivorstandes und der gesamten SPD. Denn dies ist die Politik, wie sie die gesamte SPD nach den Reichstagswahlen auch im Reichsmagistrat zu treiben gedenkt.

Die Hamburger Lehre zeigt den sozialdemokratischen Arbeitern, was ihre Partei in der Praxis nach allen schönen

Wahlerprechungen vollführt. Die Hamburger Lehre muß die sozialdemokratischen Arbeiter bei den kommenden Reichstags- und Landtagswahlen davor bewahren, ihre Stimme einer Partei zu geben, die unter keinen Umständen bereit ist, proletarische Politik zu betreiben, sondern die das Vertrauen ihrer Arbeiterwähler mißbraucht, um Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie zu betreiben.

Diese schändliche parlamentarische Verräterpraxis ist nur eine Ergänzung für jene reformistische Politik gegenüber dem Trutkapital, wie sie die kämpfenden Metallarbeiter Mitteldeutschlands in den letzten Tagen erleben mußten. Mit dieser Politik gilt es abzurechnen!

Russenfilmführung in Berlin

Berlin, 27. Febr. (Eig. Drahtbericht.)

Gestern erfolgte in Berlin im Capitol die Eröffnung der russischen Oktoberfilme. Die letzten Tage von St. Petersburg, Regisseur Putwinow. Die Vorführung wurde oft von orkanartigem Beifall unterbrochen, und das Publikum bereitete am Schluß der Kundgebung dem anwesenden Regisseur stürmische Ovationen.

Der 3. Weltkongreß der Komintern einberufen

In der am 25. d. M. stattgefundenen Schlußsitzung des Effi wurde beschlossen, den 3. Weltkongreß der Komintern in diesem Jahre einzuberufen. Auf die Tagesordnung werden u. a. folgende Punkte gesetzt: Das Programm der Komintern, der Kampf gegen die Gefahr eines imperialistischen Krieges, die revolutionäre Bewegung in den Kolonien und die Lage in der Sowjetunion.

Der sächsische Etat

Die Regierung hat dem Landtag am Sonnabend den sächsischen Etat zugehen lassen. Gleichzeitig ließ sie allen Zeitungen auch eine von dem Finanzministerium angefertigte Besprechung des Etats zugehen. In dieser Besprechung erklärt die Regierung, sie habe in diesem Jahre besser abgefahren als im Vorjahre. Während im vergangenen Jahre 21 Millionen Mark, 10 Millionen Mark hat — nach Angaben der Regierung — diese „geparit“. Der Etat schließt mit Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von 420 493 010 Mark ab. Nach den Angaben des Etats sind die Einnahmen aus den Steuern höher geworden, als bei der Schätzung angenommen wurde. Hier ist der Uberschuß um 8 324 850 Mark höher als im Vorjahre. Bei der Landessteuer stehen die höchsten Einnahmen aus der Mietsteuer. Diese bringt 40 Millionen Mark — 1 Million weniger als im Vorjahre. Die Grund- und Gewerbesteuer sind bedeutend niedriger. Die Grundsteuer ist mit einem Ertrag von 18 Millionen Mark angegeben. Das sind 1 1/2 Millionen weniger als im Vorjahre. Die Gewerbesteuer mit 20 Millionen ergibt rund 5 Millionen weniger als im Vorjahre. Die stärkere Steuererhöhung der arbeitenden Schichten macht sich am meisten natürlich bei den Einnahmen aus den Reichsteuern bemerkbar. Aus der Einkommensteuer beträgt der Landesanteil 114 200 000 Mark, der Anteil der Gemeinden 121 500 000 Mark. Von der Körperschaftsteuer erhält das Land 17 900 000 Mark, die Gemeinden 19 Millionen Mark. Aus diesen Steuern erhält das Land 30 900 000 Mark mehr als im Vorjahre. Die Einnahmen bei der Einkommensteuer sind also um den gesamten Anteil der Körperschaftsteuer höher geworden. Die Arbeiterchaft kann daraus erkennen, wie gerade sie geschädigt wird. Von der Umlagesteuer erhält Sachsen 12 400 000 Mark und von der Reichverkehrssteuer 6 800 000 Mark. Während diese letzte Steuer diesmal 700 000 Mark mehr aufbringt, ist der Anteil an der Umlagesteuer um 5 500 000 Mark niedriger.

Vorurteil auf einige Einzelkapitel eingehen, wollen wir gleich einen Posten herausgreifen, bei dem die Selbst-Bürgerblockregierung die größten Ersparnisse gemacht hat. Die Ausgaben für

Arbeitslosen und Arbeiterchutz

sind in diesem Jahre mit 5 321 800 Mark eingelegt. Das bedeutet einen Abbau von 14 997 000 Mark gegenüber dem Vorjahre. Dieses Kapitel wird von dem Arbeitsminister Eisner betreut. Eisner ist ein NSD-Mann. Allein schon diese Zahlen beweisen, wie die NSD die Arbeiterinteressen wahrnimmt.

Die höchsten Ausgaben fallen neben der Volkshilfe selbstverständlich auf den staatlichen Unterdrückungsapparat. Die Erziehungsanstalten sind wohl schon mit diesem Apparat zu rechnen. Die Anstalten kosten 58 688 580 Mark. Die nächsthöchsten Summen kosten natürlich die

Polizei und die Justiz

Die Justiz verfrachtet 45 042 000 Mark, das sind 5 044 400 Mark mehr als im Vorjahre. Die Polizei kostet 49 785 500 Mark oder 2 604 250 Mark mehr als im Jahre vorher. Für Waffen, Munition, Pferde werden wieder große Summen ausgeworfen. Für Waffen und Munition werden diesmal 130 000 Mark ausgegeben. Für Hafensicherungsmaßnahmen 29 000 Mark. Für die Ergänzung des Pferdebestandes der Polizei fordert der Etat in diesem Jahre 58 600 Mark, für Fußbeschlag 20 000 Mark. Für die Unterbringung und Unterhaltung von 157 Polizeihunden werden 44 100 Mark gefordert. 314 000 Mark verlangt der Etat für Wädhne. Die Gesamtkosten für Pferde und Hunde betragen 580 800 Mark. Das sind 66 500 Mark mehr als im Vorjahre. Für die Ausstattung der Polizei werden angefordert 1 249 200 Mark. Hiervon fallen in diesem Jahre wieder große Summen auf die Kosten für Kraftwagen. 692 300 Mark kostet die Unterhaltung der Kraftwagen. 27 600 Mark werden für Beschaffung von Anordbremsen angefordert. 18 000 Mark zur Anschaffung eines Gefangenkraftwagens in Dresden, 6800 Mark für Anschaffung von 2 Altienkraftwagen. 3500 Mark für Anschaffung eines Retenkräftwagens in Chemnitz. 8000 Mark zur Beschaffung eines Kleinkraftwagens in Zwickau. 82 000 Mark braucht die Polizei für Betriebsstoffe. Daneben kann noch 42 000 Mark für Fahrzeuge und deren Unterhaltung. Die Beschaffung von Werkstättenausrüstung, Ausrüstung für Pferde und Hunde kostet 229 100 Mark. Der Nachrichtendienst, zu dem auch die Ausgaben für die Spitzel fallen, ist mit 53 000 Mark angelegt.

Abgesehen von unserer grundsätzlichen Stellung zur Polizei des kapitalistischen Staates zeigt sich, welche Riesensummen hier für absolut überflüssige Einrichtungen verschleudert werden. Die berittene Polizei kostet eine große Summe Geld und ist nur dazu da, bei Demonstrationen Attaken gegen die Arbeiter zu leisten. Der Patrouillendienst dieser Polizeitruppe ist äußerst gering. Dafür erklärt man, daß die Polizeioffiziere die Pferde zu Spazierritten benötigen.

Gegenüber diesen gewaltigen Ausgaben stehen die Ausgaben für Gesundheits- und Wohlfahrtspflege, die natürlich wieder sehr gering sind. Für diese Aufgaben hat der kapitalistische Staat sehr wenig Geld. Für die Frauenkassen in Dresden, Plauen und Zwickau werden 5 429 700 Mark ausgegeben. Für die gesamte öffentliche Gesundheitspflege 298 000 Mark, für das Landes-